

---

Pressemeldung Nr. 07 / 2011

18. Juli 2011

Ansprechpartner: Christian B. Schad, Landesgeschäftsführer  
Tel: 0711 / 48 12 78

---

## Finanzierung Freier Schulen: Baden-Württemberg an letzter Stelle

Eine vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln (IW) herausgegebene Studie weist nach, dass Baden-Württemberg bei den Pro-Kopf-Schülersätzen im Bundesländervergleich an letzter Stelle steht. Das ist für die davon betroffenen Waldorfschulen kein überraschender Befund. Sie beklagen schon seit langem eine völlig unzureichende Finanzierung durch das Land. Auch frühere Gutachten weisen nach, dass Baden-Württemberg seinem Anspruch, Freie Schulen besonders zu fördern, nur unzureichend nachkommt.

„Stereotyp wurde von verantwortlichen Politikern in der Vergangenheit behauptet, dass man die Schülerkopfsätze für die Freien Schulen aufgrund der unterschiedlichen Berechnungs-Systematik in den Ländern, wie Zahlen zu ermitteln sind, nicht miteinander vergleichen könne“, so Dr. Albrecht Hüttig, Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Baden-Württemberg. Eine aktuelle IW-Studie zeigt nun erneut, dass die Zuschusssätze pro Schüler für die Freien Schulen im Bundesdurchschnitt um 1.724 Euro niedriger sind als die Kosten an staatlichen Schulen. Das entspricht einem durchschnittlichen Deckungsgrad von nur 72 Prozent. Deshalb benachteiligt die ermittelte Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft nach Ansicht des Instituts für Wirtschaft die freien Schulen systematisch.

Weil dieser Befund für Baden-Württemberg nicht neu ist, versprach die alte Regierungskoalition, bis zum Ende der vergangenen Legislaturperiode den Schulen 80% der Kosten eines staatlichen Schülers zukommen zu lassen. Dieses Ziel ist bei weitem verfehlt worden. Die neue Regierungskoalition hat im Koalitionsvertrag festgelegt, den Nachholbedarf für Freie Schulen zeitnah anzugehen. Sie tritt ein schweres Erbe an, denn dass Baden-Württemberg inzwischen an letzter Stelle bei den Zuschüssen liegt, zeigt, dass erhebliche Summen aufgewendet werden müssen, um das grundgesetzlich verankerte Sonderungsverbot auch wirksam werden zu lassen. „Die dauerhafte strukturelle Unterfinanzierung zwingt die Eltern dazu, Schulbeiträge aufbringen zu müssen, die das Elternrecht auf freie Schulwahl konterkarieren“, so Hüttig weiter.

Es wäre den Waldorfschulen mehr als recht, nicht dauernd in der unsachgemäßen Rolle des Bittstellers gegenüber dem Land auftreten zu müssen. Sie würden sich gerne wieder mehr um

pädagogische Inhalte kümmern, als dauernd fehlende Finanzen beklagen zu müssen. Das IW-Gutachten bestätige erneut die dramatische Unterfinanzierung der Freien Schulen, besonders in Baden-Württemberg. „Gerne würden wir andere Resultate lesen, als immer wieder diesen Zustand von verschiedenen Seiten bestätigt zu bekommen“, so Hüttig mit sarkastischem Unterton. „Wir erhoffen uns, dass nun schnell etwas geschieht“.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen erwartet ein deutliches Zeichen von der neuen Regierungsmehrheit noch in diesem Jahr. Damit die Zuschüsse durch das Land steigen können, muss das Privatschulgesetz nun schnell angepasst werden.

In Baden-Württemberg sind 56 Waldorfschulen Mitglied in der Landesarbeitsgemeinschaft. Rund 23.800 Schüler besuchen im Schuljahr 2010 / 2011 eine Waldorfschule in Baden-Württemberg.

<http://www.waldorf-bw.de>

Zukunft

unserer

Kinder

für  
die  
Zukunft  
unserer  
Kinder